

Ercheint an jedem Wertung, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postbüros entgegen.

Seitungspreis vom 8.-14. Nov. 43 Milliarden einchl. Trägerlohn, Satz Nr. 10 Milliarden. Grundpreis f. Anzeigen: Die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Reklamen 35 Goldpfennige, Familienanzeigen 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Vertreibung und Konfuzen ist der Rabatt binafällig.

# Der Gefellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Gebrüder Tied

Nagolder Tagblatt

Freitag, 14. Nov. 1923

Sch. Metzger, Druck und Verlag von G. M. Jäger (Nest Jäger) Nagold.

Verbreitung: Die Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind beider von bestem G. o. g.

Das Blatt enthält alle Nachrichten aus dem Oberamtsbezirk Nagold, die für die Bevölkerung von Interesse sind. Es enthält auch die Nachrichten aus dem Ausland, die für die Bevölkerung von Interesse sind.

Telegramm-Adresse: Gefellschafter Nagold.

Postfachnummer: Stuttgart 5113.

Nr. 267

Mittwoch den 14. November 1923

97. Jahrgang

### Tagespiegel

Der Holländische Courant meldet aus Wieringen (Holland), der deutsche Kronprinz sei bereits seit dem 5. November nicht mehr in Wieringen.

Der Münchener Bürger hat erklärt sich für die verfassungsmäßige Regierung. Erwidert sich, daß es ihm nicht gestattet worden sei, der Beerdigung seines treuen Dieners Neudauer anzuwohnen, der an seiner Seite unter der Polizeifolge fiel. Die übrigen Opfer wurden heute beerdigt.

In Kollbus wurden 18, meist aus Russland eingereiste Kommunisten verhaftet, bei denen hohe Beträge in Dollar gefunden wurden.

Das englische Parlament soll noch in dieser Woche aufgesetzt werden. Die Neuwahlen finden anfangs Dezember statt. Macdonald kündigte den Kampf der Arbeiterpartei gegen die Schutzpolitik Baldwins an.

### Die Schutzpolitik in England

Der Herausgeber des Londoner „Observer“, Garvin, der wie alle konservativen Schriftsteller Baldwin in seinem Schutzollseidzug unterstügt, kann doch in seiner Zeitschrift die Bemerkung nicht unterdrücken, Baldwins Regierung hätte weiser gehandelt, wenn sie zunächst ein weiteres Jahr auf einen entschlossenen Versuch verwandt hätte, eine Lösung der europäischen Frage zu erzielen. Als die erste Kunde kam, Baldwin beabsichtige in einem Augenblick, wo keine Regierung lebenswichtige britische Interessen gegen die Vorherrschaftsbestrebungen einer großen Militärmacht verteidigen und den gesunkenen britischen Einfluß wieder herstellen müßte, das Land in einen bitteren Wahlkampf über eine Sache zu werfen, die stets in England die Leidenschaften sehr erregt, da stieß sie gerade bei den besten Freunden der Politik Baldwins auf nackten Unglauben. Und als dann halbamtlich verkündet wurde, das britische Volk werde sich spätestens in der letzten Januarwoche in einem neuen Wahlkampf finden, wurde die Frage aufgeworfen, was denn Baldwin zu einem solchen Beschluß bestimmt haben könnte, der jedenfalls ein Verhängnis ist?

Die Antwort darauf lautet wohl, daß die Frage der Arbeitslosigkeit während der letzten Wochen immer dröher in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses trat. Doch kam auf Baldwins Seite vielleicht die Erwägung, daß er durch ein Eingehen auf die Wünsche der Diebards auf diesem Gebiet ihre Zustimmung zu keiner europäischen Politik gewinnen könne. Und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Wähler Baldwin die gewöhnliche freie Hand auf dem Gebiet der Zollpolitik geben werden. Der große Schutzollkampf Joseph Chamberlains vor zwanzig Jahren wäre sicher mit Erfolg getrübt worden, wenn Chamberlain auf Lebensmittelpunkte verzichtet hätte und wenn damals seine Berechnung eingetroffen wäre, daß England vor einer Zeit schwerer Arbeitslosigkeit stehe. Heute hat Britannien diese Arbeitslosigkeit im schwersten Grad, und zwar schon seit fast drei Jahren; und gewißig durch die 1906 gemachten Erfahrungen wird nun versprochen, daß die wichtigsten Lebensmittel, Brot und Fleisch, zollfrei bleiben sollen. Damit ist die Lage für die Schutzollpartei ohne Zweifel viel aussichtsloser geworden, als sie es 1906 war, womit nicht gesagt sein soll, daß ihre Sache nicht auch ihre schwachen Seiten hat.

Die schlimmste dieser schwachen Seiten liegt wohl darin, daß Baldwin den Übergang zu einer Schutzpolitik als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit empfiehlt. Die meisten Arbeitslosen finden sich gerade in den Industrien, welche den heimischen Markt auch ohne Eingangszölle beherrschen, aber schwer unter dem mangelnden Absatz nach auswärts leiden. Asquith meint, 90 v. H. der Arbeitslosen seien in den Industrien zu finden, denen kein Schutzoll helfen könne. Britanien führte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres Konsumwaren im Wert von 189 665 000 Pfund Sterling ein. Da Einfuhr mit Ausfuhr bezahlt wird und die Einfuhr nicht eingeschränkt werden kann, ohne die Ausfuhr einzuschränken, muß Baldwin nachweisen, daß mehr Werte durch die Einschränkung der Einfuhr, die sein Zolltarif bewirkt, Beschäftigung finden werden, als die Einschränkung der Ausfuhr, die sie mit sich bringen wird, arbeitslos machen wird, was nicht so leicht sein dürfte.

Und gerade der Industrie, die Schutz durch Zölle am meisten braucht, der ältesten und größten Industrie, was die Landwirtschaft auch in Britannien immer noch ist, muß Baldwin ihn aus Angst vor den Massen der großen Industriestädte versagen, bei denen heute das Schwergewicht der Stimmen liegt. Er verspricht der Landwirtschaft allerdings eine Befestigung der Weizenpreise durch Staatsbeiträge; ob sie aber dieses Versprechen, dessen Ausführung nur einem Teil der Landwirtschaft zugute käme, in Frieden wird, bleibt abzuwarten.

### Ein Sachverständigenauschuß Poincarés

Paris, 13. Nov. Poincaré hat den (französischen) Vorsitzenden der Entschädigungskommission, Louis Barthou, beauftragt, der Kommission die Ernennung eines Sachverständigenauschusses vorzuschlagen. In dem Ausschuh sollen nur diejenigen Staaten vertreten sein, die auch in der Entschädigungskommission vertreten sind.

Baldwin hat vor einigen Wochen erklärt, er werde die Sachverständigenkonferenz unter allen Umständen zustande bringen; gelinge es nicht mit Frankreich, so werde es ohne Frankreich gehen. Damals konnte er noch Hoffnung haben, die Vereinigten Staaten und infolgedessen auch Italien und Belgien an seiner Seite zu sehen. In dem diplomatischen Kampf zwischen dem unbesuglenen Poincaré und dem schwankenden Baldwin blieb ersterer, wie vorauszuhaben war, Sieger. Poincaré elkte unter den feierlichsten Bewehrungen, wie angenehm ihm die Mitwirkung Amerikas sei, die Herren Coolidge und Hughes langlam aus der Angelegenheit hinaus und Baldwin sieht wie ein hilfloses Kind da. Poin-

caré pflegt das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist und er kehrt nun flugs den Spieß um. Er läßt den Sachverständigen-Ausschuß von der ganz unter seinem Einfluß stehenden Entschädigungskommission ernennen, bevor man in England nur recht zur Bestimmung gekommen ist. Amerika kommt, da es schon lange aus der Kommission ausgetreten ist, für die Mitarbeit nicht in Betracht, nichts hätte Poincaré auch unerwünschter sein können, als wenn der Sachverständigenauschuß unter dem Zeichen des Sternenhenners gelang hätte, da der amerikanische Einfluß, abgesehen von England, auf die Haltung Italiens und Belgiens vielleicht vollbestimmend werden konnte.

Das Vorgehen Poincarés ist nichts als eine offene Verhöhnung der Vereinigten Staaten und vor allen Englands, und wenn Großbritannien noch zu einer entschlossenen Politik Frankreich gegenüber fähig wäre, müßte es seinem Vertreter in der Entschädigungskommission die Beteiligung an dem Sachverständigenauschuß Poincarés in jeder Form unterlagen. Ob Baldwin so viel Festigkeit auszubringen vermag, ist allerdings sehr die Frage. Vorläufig glaubte Baldwin auf Frankreich durch einen amtlichen Bericht über die Beschäfte der britischen Reichskonferenz, der bei Presse übergeben wurde, Eindruck machen zu können, und der nach WTB mit Beziehung auf die mit der Entschädigungsforderung zusammenhängenden Lage folgende Bemerkung lautet:

Die Reichskonferenz ist nach sorgfältiger Erwägung in der Ansicht gekommen, daß die europäische Lage nur entwirrt werden könne, wenn die Vereinigten Staaten daran mitarbeiten; die Vereitelung der gemeinsamen Untersuchung mit folgendem gemeinsamen Vorgehen würde sowohl einem dauernden Frieden wie einer wirtschaftlichen Erholung der Welt abträglich sein. Die Reichskonferenz ist daher der Ansicht, daß in einem solchen Fall die britische Regierung sorgfältig erwägen müsse, selbst eine Konferenz einzuberufen. Jede Politik, die zu einem Auseinanderbrechen der Einheit des Deutschen Reichs führen würde, wird als unvereinbar erachtet mit den Vertragsverpflichtungen, die sowohl Deutschland als die Verbandsmächte eingegangen sind und als unvereinbar mit der Möglichkeit, daß Deutschland sie in Zukunft erfüllt. Der Verbänden gegenüber wurden daher schärfste Vorstellungen erhoben.

Diese „schärfsten Vorstellungen“ haben auf Poincaré, wie man sieht, nicht den geringsten Eindruck gemacht, und nach keiner England gegenüber so bewährten Art will er ihm wieder mit einer fertigen Tatsache zuvorkommen. Er läßt es noch einmal darauf ankommen, im Vertrauen darauf, daß die durch die nunmehr geschlossene Reichskonferenz zweifellos bewirkte Stärkung der englischen Stellung keinesfalls mehr als moralischen Wert habe, — und auf moralische Werte gibt Poincaré nicht viel.

In Amerika hat der Starrsinn Poincarés auch nicht der besten Eindruck hinterlassen. Die Londoner „Times“ läßt sich aus Washington melden, Präsident Coolidge und Staatssekretär Hughes haben in der unter Diplomaten üblichen Weise zwar nicht verfehlt, beim Auseinandergehen die vollkommenste Freundschaftlichkeit gegenüber Frankreich zu betätigen und zu versichern, daß die Türe noch offen stehe, durch die Amerika Europa zu Hilfe kommen könne. Aber die Art der Unterstützung und die Bedingungen, unter der sie erfolgen könnte, lasse sich Amerika von Frankreich nicht vorschreiben. Was Amerika etwa weiter in der Sache zu tun beschäufte, werde es über London beginnen, — und nicht über Paris.

### Die Lage im besetzten Gebiet

Aus dem besetzten Gebiet wird uns geschrieben: Trotdem der passive Widerstand längst aufgehoben ist und sich die Eisenbahnen bei der französischen Verwaltung in Massen melden, fährt bis heute noch keine ordnungsmäßige Eisenbahn; morgens und mittags je zwei Züge bis an die Grenze des besetzten Gebietes, das andere muß eben zu Fuß gemacht werden. Es hat den Anschein, daß keine Bahn gehen soll, damit das wirtschaftliche Leben noch mehr ersterbe, als es schon der Fall ist. Zweifellos ist mit der Unfähigkeit zur Organisation hier absichtlicher böser Wille verbunden, denn die Ruinen des passiven Widerstandes sollen ebenso wie die Ruinen in Nordfrankreich möglichst lange bestehen bleiben. Dazu kommt, daß die Pashaufstellung außerordentlich erschwert wird, trotz den für die meisten unerschwinglichen Kosten. Wie die Besitzer unsofern Hunderte von Menschen täglich die Kommandanturen, um für ihr Geld einmal „ins Unbelegte“ zu dürfen, und die meisten müssen oft viele Tage diesen Bittgang machen, bis sie an die Reihe kommen. Das selbe gilt auch von der Erlangung der Zoltpapiere, die man sich in Mainz selbst für das kleinste Paket beschaffen muß und schließlich noch mehrtägligen Bemühen erhält. Die Erlangung von Einreiseerlaubnis vom unbesetzten ins besetzte Gebiet ist erst recht schlimm und wird fast geradezu unmöglich gemacht. Es soll eben das Volk möglichst viel gequält werden, und um das Maß noch zu erhöhen, werden zweifelhafte Elemente zu Spionagediensten herangezogen. Verbrecher und übliches Gefindel sind auch die Stochtrupps der

ing. ihre Vereren bezu. ansetzen zuen. Vereren muß erleiden. je Nagold.

nach gebe auf nach engen.

gelnet

le

rpapier)

chmitt

Holz-

schmitt

chte mit

agold.



Sonderbündler, die von französischen Spionen aufgefacht, die Bevölkerung vergewaltigen und belästigen unter dem Schutz und der stillschweigenden Duldung des französischen Militärs. Daher kommen auch die Erfolge der Hardten, weil immer die Franzosen dahinter stehen. Und wo immer ein Kreisamt oder sonstiges Gebäude besetzt wird, da werden in die Nähe einige Soldaten einquartiert. Die Rheinlandbewegung ist eine rein französische Sache, und die Bevölkerung ist leider diesen Vergewaltigungen ausgeliefert. Unter dem Schutz der Franzosen geht man jetzt in allen besetzten Kreisen Rheinlands dazu über, nachdem es an Beschlagnahmen von Notgeldern nicht geblieben hat, selbst Geld zu drucken, und massenhaft werden dann diese ungedruckten Scheine in das Volk hineingeworfen und die Banken und die Geschäftsteile durch Verfügungen gezwungen, das Geld an Zahlung anzunehmen. Auch nie dürfte mit einem Volk ein so ungeheurer Schwindel getrieben worden sein, wie hier. Bei allen diesen sogenannten Notgeldern der Kreise und Städte wird keine Korporation, keine Kreistag, kein Kreisamt, keine Kreisverwaltung, sondern es macht dies eben jene kleine Gruppe zweifelhafter Existenz, die zu Macht und Würde und Reichtum kommen, allein. Diese „Größen“ im neuen glücklichen Rheinland erlassen dann ihre Verfügungen, damit sie durch die Vergewaltigung der Bevölkerung ihren Segen in die Scheine bringen. Dazu kommt noch — leider — daß diese Hardten von Stadt zu Stadt ziehen; wenn ein hundert Mann sind es nur, die das ganze Rheinland urwüchsig machen. Und leider lassen sich diese Vaterlandsverräter ausschließlich vom deutschen Reich mittelst erheblich verstärkter Erwerbungsunterstützung ernähren und suchen unter Druck und Drohung immer mehr herauszukommen. Der deutsche Steuerzahler muß also seine Verräter zahlen. Selbstverständlich wird auch im neuen freien Rheinland die Presse unterdrückt; alles was das Volk nicht wissen darf, muß heraus. In Mainz z. B. müssen die Redakteure abschließend antreten, um den Text für ihre am nächsten Tag zu veröffentlichen Zeitung in Empfang zu nehmen. Namenhafter, verschlagener und brutaler hat noch kein Volk ein anderes in der Abgrund und die Vernichtung gestoben, als es das „siegreiche“ Frankreich tut.

So ist die Waffenstreckung und die Revolution dem deutschen Volk zum Unglück geworden, weil es das wahre Gesicht seiner Gegner nicht erkannt hat.

### Der Staatsstreik in Bayern

#### Ministerrat

München, 13. Nov. Gestern fand ein Ministerrat statt. Der Generalkommissar v. Kahr wurde ermächtigt, Verhandlungen gegen seine Anordnungen durch Sondergerichte abzuwickeln zu lassen. Der bayerische Gesandte vor Preger ist nach Berlin abgereist.

Kapitän Ehrhardt, der mit den Freiwilligen die bayerische Grenze gegen Thüringen beobachtet, ist in München eingetroffen und hatte mit anderen Führern der Kampfverbände eine Besprechung mit Kahr. Er mißbilligte zwar das Vorgehen der Reichswehr gegen die Nationalsozialisten und seinem Widerspruch soll es zuzuschreiben sein, daß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Den Besuch vom 8. und 9. November verurteilte er als eine Unbesonnenheit. Ehrhardt war mit Hitlers Plänen niemals einverstanden. Im übrigen steht Ehrhardt zu Kahr.

#### Die Studentenschaft

Bei der Rundgebung der Studenten in der Aula hielt Ehrhardt eine Ansprache und forderte die Studenten auf, unter die schwarz-weiß-rote Fahne zu treten. Die Erregung der Versammlung war sehr groß und aus der Studentenschaft fielen schwere Anschuldigungen gegen Kahr und Kardinal Faulhaber. Die Redatoren der Universität und der Technischen Hochschule, die beschwichtigen wollten, konnten nicht zu Wort kommen. Während der Rundgebung war auf dem Univeritätsgebäude die schwarz-weiß-rote Flagge aufgezo-gen. Die Stimmung der Studentenschaft gegen die Reichswehr ist aufs äußerste erregt; sie wird auf den Straßen beschimpft. Die Universität ist auf drei Tage geschlossen worden; an der Technischen Hochschule gehen die Vorlesungen weiter.

#### Für oder gegen Kahr

In den nationalen Verbänden wird abgestimmt, ob der Generalkommissar unterstützt oder zum Rücktritt aufgefordert werden soll. Die Mehrheit scheint sich für Kahr entscheiden zu wollen. Auf die Forderung, daß die Gefangenen freigelassen werden sollen, erklärte Kahr, daß er in das schwabende Verfahren nicht eingreifen könne. Gegenüber dem Vorhalt, daß die Ausweisung löstiger Ausländer wohl angebracht sei, aber nicht durchgeführt worden sei, gab der Generalkommissar bekannt, daß er die Ausweisungen, besonders bedenklicher Ostjuden, fortsetzen werde. Die Verbände erklärten, daß sie gegen den Kultusminister Dr. Kattler, der Ludendorff als „Preußen“ herabzusehen vorzuziehen habe, nur das Gefühl der tiefsten Verachtung haben.

### Erklärung Ludendorffs

München, 13. Nov. Gegenüber der Mitteilung der „Münch. N. Nachr.“, General Ludendorff habe sich ehrenwörtlich verpflichtet, sich aus der völkischen Bewegung zurückzuziehen, sendet Ludendorff dem Blatt folgende Erklärung: „Ich halte die völkische Bewegung, die ihre Ziele im Aufbruch des „Kampfbandes“ vom 1. und 2. September in Nürnberg festlegte, allein für befähigt, eine wirkliche Gensung Deutschlands und des deutschen Volks herbeizuführen, und ich widme mich ihr weiter. Die Verpflichtung, die ich unterschrieben habe, bezieht sich auf meinen Aufenthalt im Reichsbild München und auf die Unterlassung einer staatsfeindlichen Handlung gegen die verfassungsmäßige Regierung während der Unternehmung. Diese Verpflichtung habe ich als Ehrenmann ohne Hintergedanken übernommen.“

### Ludendorff geht freiwillig in Untersuchungshaft

General Ludendorff hat sich, wie mitgeteilt wird, freiwillig in Untersuchungshaft begeben, da die ihm gegebenen Zusicherungen bezüglich seiner Bewegungsfreiheit nicht eingehalten wurden. — Der Staatsanwalt vor Ludendorff die Beteiligung an der Verdringung der gefallenen Nationalsozialisten verweigert.

Die Verhaftung Hillers am Sonntagabend durch Bundespolizei in der Villa Hanfstaing in Uffingen am Stoffsee wird bestätigt.

### Der Münchner Putsch kommt vor das Reichsgericht

Berlin, 13. Nov. Das Reichsministerium hat den Oberstaatsanwalt beauftragt, gegen die Führer in dem Münchner Staatsstreik das Verfahren wegen Hochverrats zu eröffnen, weil die Führer beabsichtigt haben, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung abzusetzen. Andererseits hat die bayerische Regierung bereits ein Strafverfahren vor dem Münchener Volksgericht eingeleitet.

## Neue Nachrichten

### Besprechungen über das besetzte Gebiet

Berlin, 13. Nov. Der Reichsanwalt hat heute eine Besprechung mit dem Finanzherausschuß aus dem besetzten Gebiet und nachmittags mit den Führern der Parteien. Am Montagabend hatte ein Kabinettsrat stattgefunden. (Es soll sich um die Anerkennung eines selbständigen Bundesstaats „Rheinlande“ handeln, der von Preußen losgelöst wäre, aber im Reichsverband verbliebe.)

### Berlin ohne Zeitungen

Berlin, 13. Nov. Infolge des Buchdruckerstreiks erscheinen außer dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Berlin keine Zeitungen mehr. Das letzte bürgerliche Blatt, die „Deutsche Zeitung“ wurde gewaltsam unterdrückt. Die Gelegenheit ist günstig für die Erfindung der tollsten Gerüchte, die absichtlich verbreitet werden. So wurde ausgeprengt, Herr v. Kahr sei in München gemordet worden, der Kaiser befinde sich auf dem Weg nach Deutschland, Knilling komme nach Berlin, der Reichswirtschaftsminister sei zurückgetreten usw. Der „Vorwärts“ verlangt die Einberufung des Reichstags, damit das Volk über die Gerüchte „aufgeklärt“ werden könne. — Der Witz ist nicht schlecht.

### Die staatlichen Zechen im Ruhrgebiet stillgelegt

Gelsenkirchen, 13. Nov. Der preussische Handelsminister hat die Stilllegung der staatlichen Zechen im Ruhrgebiet verfügt. — Die meisten Staatsgruben sind von den Franzosen und Belgieren besetzt und zum Teil arbeiten sie gar nicht oder verführt. Die oblige Stilllegung erfolgt, weil die Besatzungsbehörde mit der Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit, Ablieferung der Kohlen und Steuern keine Verhandlungen führen will.

### Limburg von den Sonderbündlern besetzt

Limburg a. Lahn, 13. Nov. Eine größere Schar Sonderbündler, die in vergangener Nacht eingebrungen war, besetzt heute vormittag Rathaus und Postamt unter den Augen der Franzosen. Das Schicksal des Bürgermeisters und der städtischen Beamten ist unbekannt.

### Verhaftung

Ludwigshafen, 13. Nov. Heute früh wurde durch französische Kriminalbeamte der Oberbürgermeister Dr. Weich verhaftet und nach London gebracht. Irgendwelche Gründe der Verhaftung sind bisher nicht bekannt geworden.

In Speyer bildeten sich drohende Versammlungen gegen die Sonderbündler, sie wurden aber von französischen Truppen auseinandergetrieben.

### Die Militärüberwachung angenommen?

Paris, 13. Nov. Havas meldet, die deutsche Reichsregierung habe die Forderung der Botschafterkonferenz, daß Deutschland von neuem durch Überwachungskommissionen

Unterstützen Sie Ihr Heimatblatt!

überwacht werden sollte, grundsätzlich angenommen, es habe nur gewünscht, daß die Kommission nicht in Uniform arbeite. Sie werde ihre Tätigkeit am 1. Dezember aufnehmen.

Das „Echo de Paris“ schreibt, Frankreich werde sich mit der vor drei Tagen in Paris eingelaufenen Antwort der Reichsregierung nicht zufrieden geben. Vielmehr sei es nicht mehr möglich, das ganze Reichsgebiet zu überwachen, dann aber müsse Deutschland neue Sicherheiten geben, z. B. die Beschlagnahme des Eisenbahnverkehrs, s. f. sich von Frankfurt, das Nord- und Süddeutschland verbinde.

### Der Kronprinz als „Kriegsschuldiger“

Paris, 13. Nov. Das „Echo de Paris“ schreibt, Frankreich betrachte die Rückkehr des Kronprinzen bei dessen persönlicher Bedeutung als kein Unglück für Frankreich. Dagegen sei festzuhalten, daß er in die Klasse der Kriegsschuldigen gehöre und von Deutschland als solcher behandelt werden müsse, sonst würden Sanktionen unvermeidlich sein.

Die Brüsseler „Gazette de Tans-das“ behauptet, sie habe von unterrichteter Quelle erfahren, daß der Kaiser 12 Pässe für seine Rückkehr erhalten habe. Im Dezember erwartet man die Wiederaufrichtung der Hohenzollern-Monarchie.

Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, in der Angelegenheit der Rückkehr des Kronprinzen und der Militärüberwachung Beschlüsse der Regierungen einzuziehen, ehe ein Beschluß gefaßt wird.

Pariser Blätter und der Brüsseler „Soir“ melden, auch Kaiser Wilhelm, der in Doorn eine eigene Telefonszentrale habe, habe samt seinem Hofstaat (1) von der Reichsregierung die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erhalten. — Die Meldungen sind frei erfunden.

### Staatliches Fürsorgegeld

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das mürit. Staatsministerium hat einen Gehaltswert festgelegt, wonach das Finanzministerium ermächtigt wird, der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg ein wertbeständiges Darlehen bis zu 25 000 Goldmark zu geben, woraus die Zentralleitung den besonders bedürftigen Kleintier- und Pflegeanstalten des Landes Betriebsmittel zur Verfügung stellen soll.

## Württemberg

Stuttgart, 13. Nov. Waffengebrauch bei Polizeibeamten. Im Anschluß an die Lösung eines Stuttgarter Polizeibeamten bei Ausübung seines Dienstes und die gerichtliche Erledigung dieses Falles hat der Stuttgarter Polizeipräsident folgende Anordnung erlassen: Der Rupertschmied Leinbach, der den in Ausübung des Dienstes befindlichen Polizei-Oberwachmeister Lahnstein am 13. August d. Js. in der Nähe des Burgholzhauses erschossen hat, ist vom Schwurgericht zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ich finde es begreiflich, daß diese im Verhältnis zu dem eingetretenen Erfolg auffallend milde Bestrafung bei den Polizeibeamten das Gefühl aufkommen läßt, daß sie den bei ihrem gefährlichen Beruf erforderlichen Schutz nicht im hinreichendem Maße genießen. Das Leben pflichttreuer Beamter muß daher bei den gegebenen Verhältnissen durch Verschärfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch gesichert werden. Ich ordne an, daß die Polizeibeamten außerhalb des bewohnten Ortsbereichs oder zur Nachtzeit Feststellungen von Personen nur mit schußkreter Waffe vornehmen.

Stuttgart, 13. Nov. Öffentliche Speisung. Die in Stuttgart bestehenden öffentlichen Einrichtungen werden durchschnittlich von 4150 Personen im Tag besucht. Die Zahl könnte den Verhältnissen nach verdoppelt werden, doch will der Gemeinderat von einer weiteren Ausdehnung der außerordentlich hohen Kosten wegen zunächst absehen, dagegen könnte die Küche in der Jobbstraße nötigenfalls zu einer Speiseeinrichtung für Sozialrentner eingerichtet werden. In die Einwohnerliste soll ein Aufruf gerichtet werden, bedürftige Personen am Tisch teilnehmen oder Speisen abholen zu lassen.

Der Milchpreis. Der Erzeugerpreis für 1 Liter Milch beträgt für die Zeit vom Mittwoch den 14. November bis Freitag den 16. November einschließlich, 22 Milliarden Papiermark frei Sammelstelle. — Im Kleinverkauf belief ab Mittwoch ein Liter Vollmilch 44 (letzst 36), 1 Liter Magermilch 22 (15) Milliarden.

Mergentheim, 13. Nov. Wasserkraftwert. Vor einigen Tagen wurde das der „Kraftwerk Theilbach A.-G.“ gehörende Wasserkraftwerk an der Lauber dem Betrieb übergeben. Dieses Werk, dessen Anlage nach den Plänen von Professor Eisenfah-Karlsruhe gefertigt ist, steht im Zusammenhang mit der im Bau befindlichen Grohmühle für Handel und Industrie. Außer dem Theilbacher Werk, das zurzeit das größte Lauberkraftwerk ist, ist augenblicklich noch ein kleineres Werk im Bau, das das zwischen Reicholsheim und Wronnbach liegende Gefälle der Lauber ausnützen soll.

Freudenstadt, 13. Nov. Rotgeld. Die neuen 50- und 100-Milliardenscheine von Freudenstadt und Baiersbrunn gehen auf der Rückseite eine Schwarzwaldbandschaft mit mächtigen Stämmen im Vordergrund und darunter den An-

**Feurio**

Je härter eine Seife, desto besser ist sie!  
Prüfen Sie Feurio auch daraufhin!

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G. & Co.





**Wiedermarkt Karlsruhe, 12. Nov. Sperrmarkt, keine Notierung.**  
**Stuttgart, 13. Nov. Preisänderung um ein Dutzend**  
am Schlachtlebermarkt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und  
Schlachthof waren zugeführt: 66 Ochsen, 14 Bullen, 120 Jungkälber,  
127 Jungstiere, 230 Kühe, 210 Kälber, 72 Schweine, 110 Schafe,  
2 Ziegen. Alles verkauft. Ruttstilkator 150 Milliarden. Erlös aus  
je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldschillingen: Ochsen 1: 63 bis 68  
(letzte Woche: 44 bis 46), 2: 50 bis 60 (35 bis 41), Bullen 1:  
60 bis 64 (43 bis 45), 2: 50 bis 60 (33 bis 40), Jungstiere 1:  
63 bis 66 (45 bis 47), 2: 58 bis 62 (40 bis 33), 3: 50 bis 58 (34 bis 30),  
Kühe 1: 52 bis 58 (38 bis 40), 2: 38 bis 48 (35 bis 37), 3: 30 bis  
35 (22 bis 30), Kälber 1: 70 bis 72 (53 bis 56), 2: 65 bis 68 (53 bis  
54), 3: 62 bis 64 (50 bis 52), Schweine 1: 108 bis 110, 2: 105 bis  
108, 3: 90 bis 100. Verkauf des Marktes: lebhaft.

**Craissheim, 13. Nov.** Die Zufuhr zum Schweinemarkt betrug 32  
Eüfer- und 517 Milchschweine. Preis: 1 Paar Eüferschweine 3  
bis 14, 1 Paar Milchschweine 1.4 bis 1.8 Billionen Mark.

**Stuttgart, 13. Nov. Obstmarkt.** Preise in Milliarden:  
Äpfel 30 bis 35, Tafeläpfel 18 bis 30, Rostäpfel 10 bis 15,  
Spaltbirnen 28 bis 35, Tafelbirnen 18 bis 30, Quitten 15 bis 32,  
Tomaten 8 bis 25, Nüsse 70.

**Gemüsemarkt:** Kraut 1.8-2.5, Rotkraut 10.5-12.5,  
Kohl 9 bis 10, Spinat 12 bis 25, rote Rüben 10 bis 12.5, gelbe  
Rüben 5 bis 7 das Pfund, Blumenkohl 12 bis 20, Winterkohl 7  
bis 10, Rosenkohl 6 bis 25, Salat 8 bis 12, Endivien 4 bis 15, Pet-  
sche 3 bis 9, Sellerie 6 bis 20, Kohlraben 3 bis 7 d., Et., Kartoffeln  
6 das Pfund.

**Butter - Schmalz - Margarine** 140 bis 200, Kakao 150,  
geräucherter Speck 50 d. Pfd., Rahmhölze 30, Backfett 30 die  
100 Gramm. Ertr. 39 (im Einzelverkauf bis 60) das Stück.  
Weinsberg, 12. Nov. Die Weinärztliche Gesellschaft brachte

einen Teil ihres Erzeugnisses zur Verfeinerung. Verkauft wurden  
12 Hektoliter Rotgemisch zum Preis von 88 RM der Hektoliter,  
42 Hektoliter Trollinger zum Preis von 100 bis 121 RM, 40 Hek-  
toliter Weißwein um 97 bis 103 RM, 84 Hektoliter weißer Ries-  
ling um 123 bis 135 RM der Hektoliter.

**Debingen, 12. Nov.** Bei der Verfeinerung des frühesten Ge-  
wächses am Verenberg fanden 40 Hektoliter Rot und 50 Hektol-  
liter Weiß zum Verkauf. Für Rotgemisch wurden 52 RM ge-  
boten, aber nicht abgegeben. 18 Hektoliter Weißriesling, das beste  
der Verfeinerung, fand in 6 Pfen zu je 3 Hektoliter willige Ab-  
nahme. Es wurden 109 bis 117 RM erzielt. Von 21 Hektol-  
litern Rotgewächs, Vorkäufer mit Trollinger und Lemberger, gin-  
gen 3 Hektoliter zu je 100 Goldmark nach auswärts, 720 Liter  
102er Rot fanden keine Käufer.

**Weidenstadt, 12. Nov.** Zurzeit lebhaft Nachfrage in Hopfen,  
geboten wird für die 50 Mio bis 23 Billionen. Cigner zurüd-  
haltend.

**Merkszahlen**

1 Goldmark Reichsmark Berlin	200 000 000 000
Rittelskurs	200 000 000 000
Reichsbankdiskont	90 Prozent
Goldfranken	140 Milliarden
Staatsanlehnen	200 Milliarden
Bausparbankkassen	215 Milliarden
Bausparbankkassen	10 Milliarden
Großhandelsbankg.	129 Milliardenfach
Lebensmittel	113.5 Milliardenfach
Industriebranche	167.8 Milliardenfach
Einzelhandel	165.8 Milliardenfach
Inlandwaren	133.6 Milliardenfach

Lebenshaltungskosten (3. November): 96 Milliardenfach

**Stuttgart, 13. Nov.** Der Wechselkurs beträgt vom 14. Nov. ab  
85 Proz. log. Hochendrot 88, 75proz. Schwarzrot 100, Wechselkurs  
140 Milliarden d. M., ein Wechsel 8 Milliarden.

**Devisenkurse**

12. November		13. November	
Gold	Reich	Gold	Reich
Niederland	24330000000	24410000000	21920000000
Schweden	30943000000	31070000000	33950000000
Norwegen	51765000000	51825000000	123300000000
Dänemark	107730000000	108170000000	143600000000
Schweden	105580000000	106415000000	221445000000
Italien	27890000000	28070000000	35010000000
London	27830 P.S.	28070 P.S.	3690,75 P.S.
Frankfurt	828425000000	831575000000	837900000000
Paris	359100000000	360400000000	478800000000
Schweiz	1117200000000	1122800000000	1476300000000
Spanien	837900000000	842100000000	1097250000000
D.-Osterr.	89770000	90230000	11970000
Drag	183570000000	184460000000	243390000000
Ungarn	33915000000	34050000000	43890000000
Argentin.	1975050000000	1984850000000	2633300000000
Telex	3082350000000	3087650000000	4022950000000

Dollarwechselkurse. Kein Angebot.  
Reichsgoldmark 842.

**Das Wetter**  
Von Nordwesten her dringt ein Luftstachel nach Südostland  
vor, unter dessen Einfluss am Donnerstag und Freitag regnerisch  
und mäßig kaltes Wetter zu erwarten ist.

**Amliche Bekanntmachung.**  
Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am  
9. November 1923 die Wahl des Schreibers  
Fritz Huber in Emmingen zum Ortsvorsteher der  
Gemeinde Emmingen bestätigt.  
Rogold, den 12. November 1923.  
1027 Oberamt: Müna.

**Notenhefte**  
**Notenpapier**  
**Saiten u. Zubehör**  
bei G. W. Zaiser, Nagold.

**Auch halbmonatlich**  
kann „Der Geschäftler“ bestellt werden jedoch nur direkt  
bei unserer Geschäftsstelle.  
Wer unter unsere Lesern wirklich nicht imstande ist, den  
Abonnementspreis in bar zu zahlen, kann für den halben  
Monat November kleine Mengen seiner Erzeugnisse liefern,  
entweder 3 Pfd. Weizen, oder 5 Eier, oder 15 Pfd. Kartoffeln,  
oder 1/2 Pfd. Butter.  
Bei Bezahlung in Naturalien wird auf jede Nachfrage  
verzichtet.

**Für jeden Kriegsteilnehmer!**  
**Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918**  
Herausgegeben von General S. Flaischen  
Verlag Chr. Becker & Co., Stuttgart

Ab. 1. Das 1. württ. Infanterie-Regiment Nr. 1.  
Ab. 2. Das 2. württ. Infanterie-Regiment Nr. 2.  
Ab. 3. Das 3. württ. Infanterie-Regiment Nr. 3.  
Ab. 4. Das 4. württ. Infanterie-Regiment Nr. 4.  
Ab. 5. Das 5. württ. Infanterie-Regiment Nr. 5.  
Ab. 6. Das 6. württ. Infanterie-Regiment Nr. 6.  
Ab. 7. Das 7. württ. Infanterie-Regiment Nr. 7.  
Ab. 8. Das 8. württ. Infanterie-Regiment Nr. 8.  
Ab. 9. Das 9. württ. Infanterie-Regiment Nr. 9.  
Ab. 10. Das 10. württ. Infanterie-Regiment Nr. 10.  
Ab. 11. Das 11. württ. Infanterie-Regiment Nr. 11.  
Ab. 12. Das 12. württ. Infanterie-Regiment Nr. 12.  
Ab. 13. Das 13. württ. Infanterie-Regiment Nr. 13.  
Ab. 14. Das 14. württ. Infanterie-Regiment Nr. 14.  
Ab. 15. Das 15. württ. Infanterie-Regiment Nr. 15.  
Ab. 16. Das 16. württ. Infanterie-Regiment Nr. 16.  
Ab. 17. Das 17. württ. Infanterie-Regiment Nr. 17.  
Ab. 18. Das 18. württ. Infanterie-Regiment Nr. 18.  
Ab. 19. Das 19. württ. Infanterie-Regiment Nr. 19.  
Ab. 20. Das 20. württ. Infanterie-Regiment Nr. 20.  
Ab. 21. Das 21. württ. Infanterie-Regiment Nr. 21.  
Ab. 22. Das 22. württ. Infanterie-Regiment Nr. 22.  
Ab. 23. Das 23. württ. Infanterie-Regiment Nr. 23.  
Ab. 24. Das 24. württ. Infanterie-Regiment Nr. 24.  
Ab. 25. Das 25. württ. Infanterie-Regiment Nr. 25.  
Ab. 26. Das 26. württ. Infanterie-Regiment Nr. 26.  
Ab. 27. Das 27. württ. Infanterie-Regiment Nr. 27.  
Ab. 28. Das 28. württ. Infanterie-Regiment Nr. 28.  
Ab. 29. Das 29. württ. Infanterie-Regiment Nr. 29.  
Ab. 30. Das 30. württ. Infanterie-Regiment Nr. 30.

**Neu!** Ab. 31. Das Infanterie-Regiment „Kaiser  
Friedrich, König von Preußen“ (7. Bataillon)  
Nr. 125. Von General Sillhahn. Mit 86 Ab-  
bildungen, 22 Textfiguren, 71 weiteren Figuren  
und 2 Anhängern.  
Sämtliche Bände sind vorrätig bei  
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, NAGOLD.**

**Festliches**  
**Gegeben**  
**Christliches**  
**Vergnügen.**

Gedenkblätter der  
Liebe u. Freundschaft  
für alle Tage des  
Jahres  
mit u. ohne Goldschnitt  
in großer Auswahl  
bei  
**Buchhdl. Zaiser**  
**Nagold.**

Einem Buch 1026

**Dattel**  
6 Wochen alt, verkauft  
**Wreden, Seminar Nagold.**

**Anhänger**  
für  
**Fracht**  
**Eilfracht**  
**Express**  
**Reisegepäck**  
zu haben bei  
**G. W. ZAISER**

**Ein**  
**gutes**  
**Buch**  
ist  
**heut-**  
**zu-**  
**lage**  
**die**  
**aller-**  
**beste**  
**Geld-**  
**anlage.**

**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Zeinach.**

Die infolge der außerordentlichen Markterhebung erfolgte Strompreis-  
erhöhung hat zu zahlreichen Protestversammlungen und zum Teil unerhörten  
Angriffen gegen den Verband und seine Verwaltung geführt. Auch persönliche  
Anrempelungen sind keine Seltenheit. Doch auch Verbandsvertreter in dieser  
Weise mitgewirkt haben, ist eine bedauerliche Erscheinung, die sich nur nachteilig  
für den Verband auswirken kann. Wie liegen eigentlich die Dinge? Der Ver-  
waltungsrat hat in seiner Sitzung vom 31. Oktober ds. Jz. auf Grund des  
Dollarschand vom 26. Oktober ds. Jz. den Strompreis auf 6 bzw. 4,5 Milliarden  
festgelegt, den folgenden Tag erging das Ausschreiben an die Gemeinden und  
Bezirksämterblätter, ist aber durch verspätete Postbestellung erst am 3. ds. Mts.  
bekannt geworden. Vom 31. v. Mts. bis Samstag, den 3. ds. Mts. ist jedoch  
ein solcher Markttag eingetreten, daß die Verwaltung am Montag selbst ein-  
stehen mußte, um den Vertrag auszuschreiben zu müssen, da mit dem ursprünglichen Strom-  
preis in keiner Weise mehr auszukommen war. Tatsächlich hätte der 7-Stade  
Betrag festgesetzt werden müssen, die Verwaltung wollte und mußte jedoch auf  
die wirtschaftliche Lage der Abnehmer Rücksicht nehmen. Da die heute ein-  
großer Teil der Abnehmer die Bezahlung des erhöhten Strompreises verweigert  
hat, die Markterhebung jedoch weitere Fortschritte macht, ist auch das erhöhte  
Stromgeld beim Eingang völlig einmündet und nur noch zu einem geringen  
Bruchteil kassiert. Es reicht kaum mehr zu den Löhnen und Gehältern viel  
weniger zu den notwendigen Betriebsmaterialien. Jedenfalls ist der Verband  
in diesem Monat nicht in der Lage, Kohlen zu kaufen, es sei denn, daß er seine  
letzten Reserven hierzu verwendet. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß  
d. St. genügend Wasser zur Stromerzeugung vorhanden sei; diese Ansicht ist  
eine irrtümliche, das Werk erzeugt heute nur ein Drittel seines Bedarfs mit Wasser,  
der übrige Bedarf wird mit Kohlen bzw. Fremdstrom gedeckt. Die reinen  
Stromerzeugungskosten sind jedoch nicht die Hauptfrage. Es wird jedem  
wissen, daß der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Zeinach Station ein wirt-  
schaftlich sehr ungünstiges Gebiet umfaßt. Die kleinen Gemeinden überwiegen  
ganz bedeutend, größere Gemeinden sind nur wenig angeschlossen, die Ober-  
amtsstädte fehlen ganz. Dagegen hat der Verband im Verhältnis zu seinem  
Anschlußwert ungemessentlich große Reize zu unterhalten, wozu ganz gewaltige  
Mittel erforderlich sind. Dieser Aufwand steht in einem starken Mißverhältnis  
zur erzeugten Energiemenge, es ist aber Erfahrungstatsache, daß je größer der  
Verbrauch desto günstiger die Rentabilität eines Werkes ist.

Jeder Landwirt, jeder Handwerksmann, jeder Kaufmann läßt sich heute  
seine Ware und Arbeit zum Tageskurs bezahlen, gleichgültig, wann die Ver-  
rechnung stattgefunden hat. Dieser Standpunkt ist ganz richtig, er mußte also  
folgerichtig bei den Elektrizitätswerken zur Anwendung kommen. Das ist jedoch  
nicht der Fall, von den Elektrizitätswerken verlangt man Befreiung zu Preisen,  
die zu ihrem Ruin führen müssen und tatsächlich sind dieselben nicht mehr weit  
davon entfernt. Wir möchten unsere Abnehmer drängen bitten, unserer Lage  
und namentlich den bestehenden trostlosen Wirtschaftsverhältnissen etwas mehr  
Verständnis entgegenzubringen, denn nicht die Werke sind an den heutigen Zu-  
ständen schuld, sondern alles Ungemach ist zurückzuführen auf den unerhörten  
Druck von außen und den Verkauf der Werke, mit welchen Faktoren eben heute  
jeder Volksgenosse zu rechnen hat. Zu sagen ist noch, daß hauptsächlich die  
jüngeren Gemeinden, und das sind die Waldgemeinden, am schärfsten gegen die  
erhöhten Strompreise protestieren, die ohne tragfähigere Schultern niemals mit  
elektrischer Energie hätten versorgt werden können.

Herr Dr. Römer jr. scheint sich neuerdings sehr lebhaft um die Elek-  
trizitätswerke anzunehmen. In einem Artikel in der Schwäbischen Tageszeitung  
vom 9. d. Mts. mit der Überschrift „Elektrizitätsschweineerei“ drückt er an  
die Elektrizitätswerke und ihre Leiter, daß es nur so eine Art hat. Wenn  
wir heute auch eine etwas trübselige Kost gemacht sind, so geht hier die Sprache  
des Herrn Römer doch über das Maß hinaus. Um es vorweg zu sagen: Herr  
Römer versteht offenbar von der Elektrizitätswirtschaft nicht sehr viel. Wenn  
er seinen Freunden den Rat gibt, sich die Stromrechnungstunden zu lassen und  
vorerst überhaupt nichts zu bezahlen, so kann er nur den völligen Ruin der  
Elektrizitätswerke wollen, was er ja auch ganz offen zugibt. Dieser Gedanke  
ist nichts anderes, als Sabotage schlimmster Sorte und eine Verleumdung am  
Volksgenossen, das nur tief bedauert werden kann. Was mühevoll ausgebaut  
worden ist, will Herr Römer jr. zerstören, bloß weil es ihm in seinen Krüm-  
eln paßt. Wir haben jedoch noch soviel Vertrauen zu dem gefunden Sinn unserer  
Bevölkerung, daß sie sich die Auffassung des Herrn Römer nicht zu eigen macht,  
denn in erster Linie hätten die Abnehmer und namentlich die Landwirte den  
größten Schaden; die Elektrizitätswerke sind nicht Selbstzweck, sondern zu Ruh-  
und Frommen der Bevölkerung erbaut und sind im wahrsten Sinne Gemeingut  
der selben geworden. Ueber die persönliche Note des Artikels können wir hier  
nicht reden und wollen nur sagen, daß die dieselben Generaldirektoren, wie  
Herr Römer die Werkleiter zu nennen beliebt, heute etwas mehr Verantwortung-  
s- und Pflichtgefühl aufbringen müssen, als er selbst; sie sind bloß Prellbock  
für Lieferanten, Werkpersonal und Stromkonsumenten.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß nach unserer Kenntnis sich  
Herr Römer seine geistigen Produkte sehr wertvoll bezahlt, er möchte  
also, wenn er in sich gehen würde, sich das Sprichwort zu eigen machen  
„leben und leben lassen“ und das den Elektrizitätswerken zubilligen, was sie  
unbedingt haben müssen, also für ihre Leistung eine gleichwertige Gegenleistung.

Station Zeinach, den 12. November 1923.  
**Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Zeinach-Station (G.E.Z.)**

**Re. 268**

Die Reichs-  
nach die Rück-  
nach Deutsch-  
sch das erste  
das Geschäft  
mann, habe  
einen geneh-  
halte es für  
Blaatsbürger  
heimat wieder-  
oring sei unter  
keinen einer.  
Rückkehr des  
im, aber aus  
Republik. In  
Anwesenheit  
Weden nicht  
Am Rad  
Freunde  
den Berliner  
wieder. Die  
Die Fahrt  
dem Augen-  
lat in Amst  
Die Reise  
lauer Regier-  
rückgelegt.  
Seine Freun-  
prüfung zur  
nächst nicht  
seiner Herr-  
deuten vor  
oder entthro-  
seines Wes-  
Eckronprinz  
hören aus-  
Mit welt  
Freude spre-  
Bödenland  
die Verband  
Man die f  
zu rechtfer-  
lich, worun-  
kost kein  
Hollstilsbol-  
der Kronprin-  
ken und Ge-  
keine ander-  
bemohner, n  
weisen Ge-  
Aber das f  
Kronprinzen  
bestimmte  
das war kon-  
Dieser A  
nachdem er  
zur Deutsch-  
Reich mit  
alle. Sieks  
ländige oder  
er bischen?  
meint er je  
und Kinder  
und zuseh  
Verbannun

**Die Reichs-**  
nach die Rück-  
nach Deutsch-  
sch das erste  
das Geschäft  
mann, habe  
einen geneh-  
halte es für  
Blaatsbürger  
heimat wieder-  
oring sei unter  
keinen einer.  
Rückkehr des  
im, aber aus  
Republik. In  
Anwesenheit  
Weden nicht  
Am Rad  
Freunde  
den Berliner  
wieder. Die  
Die Fahrt  
dem Augen-  
lat in Amst  
Die Reise  
lauer Regier-  
rückgelegt.  
Seine Freun-  
prüfung zur  
nächst nicht  
seiner Herr-  
deuten vor  
oder entthro-  
seines Wes-  
Eckronprinz  
hören aus-  
Mit welt  
Freude spre-  
Bödenland  
die Verband  
Man die f  
zu rechtfer-  
lich, worun-  
kost kein  
Hollstilsbol-  
der Kronprin-  
ken und Ge-  
keine ander-  
bemohner, n  
weisen Ge-  
Aber das f  
Kronprinzen  
bestimmte  
das war kon-  
Dieser A  
nachdem er  
zur Deutsch-  
Reich mit  
alle. Sieks  
ländige oder  
er bischen?  
meint er je  
und Kinder  
und zuseh  
Verbannun

**Goldm**  
Mit der  
lösen Staat  
Einzelnhei  
wert mehr  
der wurden